

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ergeht per E-Mail
tarife@e-control.at

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 189
1045 Wien
T 0590 900DW | F 0590 900269
E up@wko.at
W wko.at/up

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/008/Kr	4222	11.11.2016
	Mag. Cristina Kramer		

Novelle der Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2017 (SNE-VO 2017) Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übermittlung des Entwurfes der Strom -Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 - Novelle 2017 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Ein Teil der österreichischen Stromverteilernetzbetreiber unterliegt seit 1. Jänner 2006 einer Anreizregulierung, die sich bislang über zwei Regulierungsperioden zu je vier Jahren erstreckt hat.

Bei den aktuellen Netznutzungsentgelten kommt es in fast allen Netzbereichen zu Erhöhungen, welche auf folgende Faktoren zurückzuführen sind:

- Höhere Investitionen für den Ausbau bzw. die Erneuerung der Netze als in den letzten Jahren
- Erhöhung der anzuerkennenden Kosten wegen geringerer Abgabemengen an Netzkunden aufgrund des 2014 neu eingeführten Regulierungskontos
- Der hohe Anteil an Fixkosten im Stromnetz muss auf eine geringere Menge an durchgeleiteter Energie aufgeteilt werden

Die angeführten Erhöhungen in einzelnen Bundesländern aufgrund von aktuellem Investitionsbedarf sind für einen Teil unserer Mitglieder nachvollziehbar, da Investitionen in die Netze dringend erforderlich sind. In bestimmten Bundesländern wie NÖ und OÖ werden jedoch die Erhöhungen der Netztarife hinterfragt. Dies wird damit argumentiert, dass z.B. auf Netzebene 4 eher eine Kostensenkung zu erwarten sei, wenn weit weniger wartungsintensive Kabelnetze anstatt Freileitungsnetze installiert werden.

Mitglieder hinterfragen auch, wer z.B. die Anschlusskosten für neu entstandene Windparks trage: Es wurden viele Umspannwerke massiv ausgebaut, einige auch neu errichtet um die eingespeiste Energie abzuführen. Befürchtet wird daher, dass diese Kosten über die Netz-

tarife abgewälzt, anstatt verursachungsgerecht den Windparkbetreibern angelastet zu werden.

Trotz massiver Investitionstätigkeit haben es bestimmte Betreiber offenbar auch nicht geschafft, die Netzverlustentgelte zu senken, obwohl die Energie zum Ausgleich der Netzverluste extrem billig ist (Marktpreise).

Positiv hingegen ist die Reduktion der Preise für Systemdienstleistung für Eigenerzeuger, obgleich hier vermutlich nicht die Reduktion der Kosten bei der Regelernergie weitergegeben wurde.

In einer Konsultation vom Februar/März 2016 zur „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich“ wurde vorgeschlagen, das Tarifgefüge zwischen Arbeit und Leistung zu verändern. Besonders auf Netzebene 7 aber auch auf NE 4, 5 und 6 ist ein deutliches Ungleichgewicht mit Überhang vom Arbeitspreis zu erkennen. Vorgeschlagen wurde die moderate Erhöhung des fixen Leistungspreises auf NE 7 (zumindest). Davon ist im vorliegenden Entwurf jedoch nichts zu erkennen. Daher stellen wir die Frage, ob es dafür erklärbare Gründe gibt.

Durch die Kostenwälzung ergeben sich unterschiedliche Kostenbelastungen für die einzelnen Netzebenen. Im bundesweiten Durchschnitt bleiben die Netzentgelte etwa auf dem derzeitigen Niveau.

Im Netzbereich Niederösterreich und Oberösterreich kommt es jedoch zu massiven Erhöhungen, wobei die Erhöhungen in NÖ je nach Netzebene zwischen rund 5 und 9 Prozent und in OÖ je nach Netzebene zwischen rund 2,5 und 3,5 Prozent liegen.

Die WKÖ spricht sich gegen die geplante Anhebung der Strom-Systemnutzungsentgelte aus und schlägt vor, bei der Kostenkalkulation Einmaleffekte über das Regulierungskonto auf mehrere Jahre zu verteilen und auch die in den nächsten Jahren prognostizierten Verbrauchssteigerungen zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird auf die wesentlich geringeren Finanzierungskosten auf Grund des aktuellen Zinsniveaus verwiesen.

Zusätzlich hat die WKÖ schon mehrmals eine Absenkung bzw. Aussetzung der Leistungspreis-Verrechnung sowie eine größere Spreizung bei den Arbeitspreisen in Zeiten mit hohem Erzeugungsüberhang angeregt, um den energieintensiven Unternehmen zu ermöglichen, kurzfristig verfügbaren Überschussstrom insbesondere aus Windkraft und Photovoltaik verstärkt nutzen zu können.

Viele dieser Unternehmen könnten so den Brennstoffeinsatz in den oftmals fossil befeuerten Eigenerzeugungsanlagen kurzfristig reduzieren. Die hohen Kosten für den höheren Leistungsbezug während nur weniger Stunden pro Jahr haben diese energiepolitisch sinnvolle Umstellung der Unternehmen von Eigenversorgung auf Fremdstrombezug bisher verhindert.

Die vor zwei Jahren umgesetzte deutliche Reduzierung der Leistungs- und Arbeitspreise für die Abnahme negativer Regelernergie geht in die richtige Richtung und sollte weiter ausgebaut werden. Jedenfalls muss auch sichergestellt sein, dass für den Regelergiemarkt keine zusätzlichen Netzbereitstellungsentgelte anfallen.

Die Wirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Bedenken.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin